

NWAGTK



WAHLPRÜFSTEINE KULTURPRODUKTIONS- RÄUME

WAHL IN BERLIN 2023

Netzwerk Atelieregemeinschaften Treptow-Köpenick



INHALT

Hintergrund	1
Unsere Wahlprüfsteine (WPS)	3
Gekürzte Antworten Fraktionen Land WPS 1	5
Gekürzte Antworten Fraktionen Land WPS 2	7
Gekürzte Antworten Fraktionen Land WPS 3	9
Gekürzte Antworten Fraktionen Land WPS 4	10
Ausführliche Antworten der Fraktionen Lnd im Original	
SPD	12
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	14
DIE LINKE	16
CDU	18
FDP	22
Dank und Ausblick	24
Karte von akut verdrängten Ateliers	25

NWAGTK

HINTERGRUND

Steigende Mieten, Verdrängung, kurzfristige Mietverträge und der generelle Mangel an (bezahlbaren) Atelierräumen stellen viele Kunstschaffende in ganz Berlin, so auch in Treptow-Köpenick vor große Herausforderungen. Das Arbeitsraumprogramm (Bündnis Kultur Räume Berlin) des Landes Berlin kann mit knapp 2.000 Ateliers und Atelierräumen (Stand: 2020/2021) nicht den realen Bedarf an Kunstproduktionsräumen decken, denn parallel verschwinden immer mehr Ateliers, aus der Innenstadt sowie mittlerweile verstärkt aus den Randbezirken. Es wird damit generell erkannt, dass der Bedarf nicht allein durch landeseigene Immobilien gedeckt werden kann. Vielmehr wäre zusätzlich die Einbeziehung der privaten Immobilienwirtschaft sowie verstärkte Neubautätigkeiten für ebendiese Raumanprüche von Relevanz. Statt Einzellösungen werden von Künstler:innen dauerhaft verfügbare Infrastrukturen für künstlerisches Arbeiten gefordert.

Wichtiger noch als die Funktion und Bedeutung von Ateliers und andere Kulturproduktionsräume innerhalb und für der Kunstwelt ist deren Potenzial für dezentrale Stärkung von Demokratie, zivilgesellschaftlichen Tuns, sozialer Durchmischung und Teilhabe. Überall da, wo Künstler*innen tätig sind, bringen sie ihr Schaffen, ihre Werke, ihr Engagement ein und interagieren mit der Öffentlichkeit. Der „Wirtschaftsfaktor Kulturproduktion“, mit

dem das Land Berlin nach wie vor wirbt, sei hier nur erwähnt.

Vor diesem Hintergrund hat sich das Netzwerk Ateliergemeinschaften Treptow-Köpenick (kurz: NWAGTK) im Mai 2021 zusammengefunden. Es repräsentiert über 500 Künstler:innen aus dem Bezirk. Etwa die Hälfte von ihnen ist laut einer Studie des Berufsverbands Bildender Künstler:innen Berlin (bbk) in den kommenden vier Jahren vom Verlust ihres Arbeitsplatzes in Ateliergemeinschaften bedroht, manche von ihnen bereits jetzt.

Die Arbeit des NWAGTK wurde 2022 durch Förderung durch den Fonds Soziokultur und Sondermittel der BVV Treptow-Köpenicks ermöglicht: an mehreren Terminen wurde sich bis Ende des Jahres mit der Bildung eines bezirklichen oder landesweiten Gremiums auseinandergesetzt, das sich die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsräumen für Künstler:innen als Ziel setzt. Diese Arbeit wird 2023 fortgesetzt werden, da eine Anschlussförderung durch Fonds Soziokultur besteht.

Vorab fanden durch das NWAGTK im September 2021 die Veranstaltungen „Raumverstehen #4“, statt, dann der Auftaktworkshop dieser Reihe am 05.07.22 in den Treptow Ateliers sowie der Vertiefungsworkshop am 16.11.22 im KAOS e.V.. Die Dokumentationen hierzu stehen auf der Webseite www.nwagtk.de. Es nahmen unter anderem der Berliner Atelierbeauftragte Dr. Martin Schwegmann (bbk), die Kulturraum Berlin GmbH und mehrere Vertreter:innen aus Politik

Mit finanzieller Unterstützung von:



In Zusammenarbeit mit:



und Kultur des Bezirks Treptow-Köpenick teil. Hinzu kamen zahlreiche interne Abstimmungsrunden, sowie Dialoge mit bezirkspolitischen Vertreter:innen.

Ziel dieses bürgerschaftlichen Engagements ist es, gemeinsam mit der Politik ein Format zu entwickeln, das in Berlin neue Wege für die Sicherung und Schaffung von Kulturproduktionsorten findet – im Atelierförderprogramm des Landes Berlin und für Ateliergemeinschaften, aber auch für Einzelkünstler:innen, die nicht in den wenigen zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten untergekommen sind.

Es gibt keine Ausweichmöglichkeiten mehr!

Nach Jahrzehnten kreativen Umgangs im Schaffen von Kunst- und Kulturräumen ist Berlin am Limit. Die Zeit der Zwischen- und kreativen Interimsnutzung ist vorbei und Berlin als Kunst- und Kreativzentrum muss sich zu seinen Künst-

ler:innen und den zahlreichen Akteur:innen der Kreativbranche bekennen.

Landespolitik und Bezirke, Immobilieninvestor:innen, behördliche Verwaltungen, Gesellschaften für Liegenschaften, für Kulturräume, für Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung müssen jetzt zusammen arbeiten.

Unter der Schirmherrschaft von Marco Brauchmann, Bezirksstadtrat Treptow-Köpenicks für Schule, Weiterbildung, Kultur und Sport wurden gemeinsam mit den Fachbereichen Stadtentwicklung, Sozialraumorientierte Planungs-koordination (SPK), dem Facility Management und der bezirklichen Wirtschaftsförderung in den Workshops verschiedene Möglichkeiten der Einflussnahme zum Erhalt und der Verstetigung von Kulturproduktionsräumen auf Bezirksebene herausgearbeitet.

Es erfolgt 2023 die bezirksübergreifende Vernetzung mit anderen Ateliergemeinschaften

und Künstler:innen aus dem gesamten Stadtgebiet. Marco Brauchmann ist dafür bereits mit Kulturstadträt:innen anderer Bezirke im Austausch.

In dem Prozess, den NWAGTK gemeinsam mit dem Bezirk gestartet hat, wurde klar:

Wir brauchen ein fest etabliertes Format, das sich den Fragen der Schaffung und des Erhalts von Kunst- und Kreativräumen in Berlin widmet.

Bis zum 31.1.23 haben die Fraktionen der Landesparteien ihre Antworten uns zugesandt.

NWAGTK

www.nwagtk.de

info@nwagtk.de

Sprecher:innen:

Stefka Ammon (X-tro Ateliers) und Sebastian Körbs (Treptow Ateliers)



Wahlprüfstein 1

Wirtschaftsfaktor - Berlin als Kunst- und Kulturhauptstadt

Das Land Berlin bewirbt sich selbst als “Kulturhauptstadt” und “Hotspot der Kreativindustrie” und europäischen Kunststandort ersten Ranges. Das nutzt der Stadt und das nutzt wiederum die Wirtschaft: Berlins kulturelles Angebot ist attraktiv für Arbeitnehmer:innen und lockt Investoren der Start-up und New Economy an, genauso wie seit Jahrzehnten Immobilienunternehmen, die hier gigantische Flächen entwickeln.

Kultur ist ein starker Wirtschaftsfaktor, der neben seiner Anziehungskraft auch Arbeitsplätze schafft. Im Kulturbetrieb und seinen Ausbildungsstätten selbst, aber auch in Sekundär-Bereichen: Agenturen, Gastronomie, Hotelgewerbe/Tourismus, Handwerksbetriebe usw.

→ Wie möchten Sie dafür sorgen, dass Berlin als Kulturhauptstadt nicht nur für einzelne Leuchtturmprojekte steht, sondern stadtweit diesem Titel gerecht wird und dass die Stadt generell ein Anziehungsort für Kreative und Künstler:innen bleibt?

Wahlprüfstein 2

Situation Räume für Künstler*innen

Seit den 1990er Jahren wurde Berlin zum Anziehungspunkt für Künstler:innen aller Sparten, weil sie hier Räume für die Produktion, für ihre Entwicklung, für neue Formate fanden. Seither sind Kulturschaffende in mehreren Verdrängungswellen aus dem Zentrum in die Außenbezirke der Stadt verschoben worden. Allein den vom Land Berlin subventionierten 1.300 Ateliers des Atelierförderprogramms stehen 8.000 Künstler:innen gegenüber, die ihren Beruf hier kaum noch ausüben können. Immer wieder werden ganze Atelierhäuser verdrängt und dutzende Künstler:innen verlieren auf einen Schlag ihre Arbeitsräume. Viele kehren als Konsequenz der Stadt den Rücken. Kieze verlieren ihre Künstler:innen, ihre Atelierhäuser, ihre Projekträume und damit niederschwellige und kostenlose Kulturangebote. Und: es gibt keine Ausweichmöglichkeiten mehr in Berlin.

→ Welche Möglichkeiten sehen Sie, jenseits der wichtigen Subventionsprogramme wie Atelier- und Spielstättenförderprogramme, bezahlbare Räume für Kunst- und Kulturproduktion in der gesamten Stadt zu erhalten? Welche Vorschläge haben Sie, um bestehende Atelierhäuser vor der Verdrängung zu schützen?

Wahlprüfstein 3

Rolle der Politik

NWAGTK hat mit Unterstützung des Fonds Sozio-Kultur und der BVV Treptow-Köpenick bereits drei Workshops zum Thema der bedrohten Kulturproduktionsräume durchgeführt. Dabei sind wir gemeinsam mit der Verwaltung zunächst auf Bezirksebene immer tiefer in das Thema eingestiegen. Heraus kam in den Diskussionsrunden und bei Planspielen, dass es u.a. durch die Ausführung der Produktionssummenbudgets keine Handlungsspielräume bei den Bezirken für eine Sicherung, geschweige denn Schaffung von Räumen für Kunstproduktion gibt.

Alle Spielvarianten bei der Suche nach Lösungen endeten mit der Erkenntnis, dass es politische Prozesse und Entscheidungen des Landes braucht, um mit allen Akteur:innen (Verwaltung (Land und Bezirke), Immobilieninvestor:innen, Kulturschaffenden) Lösungen zu erarbeiten.

→ **Wie wollen Sie zukünftig mit der beschriebenen Situation von Handlungsunfähigkeit der Politik umgehen?**

Wahlprüfstein 4

Runder Tisch als mögliches Format

Verschiedene Initiativen von Künstler:innen (HabenundBrauchen seit 2011, ABBA Netzwerk seit 2014, Akku Berlin, um nur die aktuellsten zu nennen) haben immer wieder versucht die Raumproblematik zu thematisieren. Zuletzt wurde 2014 ein von den Initiativen gefordertes Dialogformat mit dem Berliner Senat durch SenKult verweigert. Mittlerweile hat sich die Lage auf dem Immobilienmarkt derartig zugespitzt, dass berlinweit tausende Künstler:innen akut vom Verlust ihres Arbeitsplatzes bedroht sind. Immer wieder versuchen dann Politiker:innen den bedrohten Ateliergemeinschaften und Kultur-Produktionsstätten beizuspringen und investieren dabei enorm viel Zeit und Energie, bspw. um Mieterhöhungen und Kündigungen abzuwenden. Meist erfolglos.

→ **Wie bewerten Sie die Chancen eines Dialogformats welches Kulturproduzent:innen, Verwaltung (Land und Bezirke), Senator:innen und Stadträt:innen (Kultur, Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen), Immobilieninvestor:innen, Verbände und Gesellschaften (BIM, Kulturraum GmbH, etc.) zusammenbringt? Ein Format in dem es möglich ist, mittel- und langfristige Strategien mit Bezirken und Land zu entwickeln, akut bedrohten Gruppen zu helfen und einen Dialog zu etablieren, der zukunftsweisend für Berlin wird?**

Gekürzte Antworten der Fraktionen im Abgeordnetenhaus von Berlin

Stand: 03. Februar 2023

Wahlprüfsteine ÜBERSICHT

SPD Fraktion

Anerkennung von Berlins Kulturschaffenden als Basis für wichtigen Produktionsstandort für Kunst und kulturelles und wirtschaftliches Potenzial

- Arbeits-, Kultur- und Stadtentwicklungs und Wirtschaftspolitik müssen zusammenarbeiten
- Anforderungen an kreative und künstlerische Arbeit im ganzen Senat mitgedacht werden.
- Ein Stadtentwicklungsplan Kultur (StEP Kultur) steht noch aus, er soll die stadtweite Versorgung mit kulturellen Angeboten sicherstellen.

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Fraktion

Künstler*innen und Kreative machen diese Stadt spannend und lebenswert – und erwirtschaften mit ca. € 40 Mrd. ca. 20% des Berliner Umsatzes.

- Bodenspekulation, steigende Mieten und Lebenshaltungskosten haben soziale Verdrängung und den Verlust künstlerischer Freiräume und Kulturorte mit sich gebracht.
- bestehende Kulturorte wurden gesichert sowie durch gezielte Immobilienankäufe auch neue geschaffen.
- Mittel für ein Kulturkataster wurden gesichert. Mit dem von uns initiierten gesamtstädtischen Konzept für die Aufarbeitung und Erinnerung der deutschen Kolonialvergangenheit ist Berlin vom Nachzügler zum
- Hervorhebung von Diversity in Kulturinstitutionen und Förderung

Wahlprüfstein 1

Wirtschaftsfaktor - Berlin als Kunst- und Kulturhauptstadt

→ Wie möchten Sie dafür sorgen, dass Berlin als Kulturhauptstadt nicht nur für einzelne Leuchtturmprojekte steht, sondern stadtweit diesem Titel gerecht wird und dass die Stadt generell ein Anziehungsort für Kreative und Künstler:innen bleibt?

DIE LINKE Fraktion

Kunst und Kultur in Berlin ist kein Luxus, sondern macht unsere Stadt aus.

- Für die direkte Förderung von Künstler*innen haben wir das Volumen des Stipendienprogramms verdreifacht. Den Kultursommer wollen wir auch in 2023 fortsetzen. Die Gelder dafür haben wir mit dem Nachtragshaushalt bewilligt.
- Es ist wichtig, sowohl die Kultur für den kleinen Geldbeutel, als auch die „Hochkultur“ im Blick zu behalten. Das geht aber nur gemeinsam!

Gekürzte Antworten der Fraktionen im Abgeordnetenhaus von Berlin

Stand: 03. Februar 2023

Wahlprüfsteine ÜBERSICHT

CDU Fraktion

Kultur ist die Kernkompetenz und gelebte Zukunftsressource unserer Stadt. Die kreative Szene verleiht Berlin ihre einzigartige Strahlkraft.

- begreifen ihn als unersetzliche Triebkraft für die weitere Entwicklung der Stadt.
- gesetzliche Regelung unerlässlich, um einen verlässlichen Rahmen für den Berliner Kulturbereich zu schaffen, der alle Kultur-Sparten sichert und stärkt und gleichzeitig eine ausdifferenzierte gesetzliche Regelung für die Kulturförderung schafft.
- Einsatz für Einführung eines Berliner Kulturgesetzbuches für eine transparente und innovative Kulturförderung.
- Aufgaben der Kulturförderung müssen aus Sicht der CDU gesetzlich klar definiert sein, um mehr Verlässlichkeit und Planbarkeit für die Kulturschaffenden zu erreichen
- Erstellung Kulturförderplan mit jährlichem Kulturförderbericht geplant, in dem über Fördermaßnahmen und dementsprechende Ergebnisse berichtet werden soll.
- Fördersysteme bürokratisch verschlanken

Wahlprüfstein 1 folgende

FDP Fraktion

Land soll sich dafür einsetzen:

- bei den Bestandsgebäuden der städtischen Gesellschaften sollen EGs für Ateliers frei gehalten werden
- öffentliche Gebäude sollen auch für Proberäume genutzt werden
- Remisen von Privatbesitzer*innen sollen angemietet werden
- Akquise von neuen Grundstücken und neue Räumen liegt auf der Straße.
- es soll daran gearbeitet werden neue Räumlichkeiten in Größenordnungen bekommen

Gekürzte Antworten der Fraktionen im Abgeordnetenhaus von Berlin

Stand: 03. Februar 2023

Wahlprüfsteine ÜBERSICHT

SPD Fraktion

Grundversorgung bezahlbarer Ateliers muss gewährleistet werden

- landeseigene Wohnungsbaugesellschaften sollen Kleingewerbe stärker in ihrem Gebäudebestand fördern.
- Einsetzen auf Bundesebene für Einführung eines Gewerbemietendeckels und neues Gewerbemietrecht
- Arbeitsraumprogramm (ARP) wurde in den letzten Jahren ausgeweitet und finanziell deutlich verstärkt
- Parlamentsinitiative „Arbeitsräume für Berliner Künstler*innen retten“ gestartet
- jetzt strengere Berichtspflichten zu Arbeitsräumen in Bestand, Erschließung und in Gefahr sowie zu Leerständen.
- Kulturkatasters gestartet
- Arbeitsraumprogramm soll angemessen gefördert werden
- Kunst- und Kulturräume sollen die Planung aller großen Neubauprojekte in Berlin, einschließlich öffentlicher Baumaßnahmen, einbezogen werden.
- dafür Kooperation mit städtischen Unternehmen, Genossenschaften und privaten Eigentümer*innen für zusätzliche sichere Ateliers
- bisherige Doppelstrategie, bei der Erschließung

neuer Räume für die Kunst- und Kulturproduktion auf Ankauf und Anmietung zu setzen, ist dem Grundsatz nach richtig.

- Subventionierung von Arbeits-, Probe- und Präsentationsräumen für Nutzer*innen mit sozialer Dringlichkeit ist richtig

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Fraktion

neue Struktur für der KulturRäume Berlin GmbH erforderlich

- Einbeziehung von Akteur*innen auf Augenhöhe.
- Die Kulturraum Berlin muss als Dienstleisterin für die Kulturschaffenden funktionieren.
- wichtigste Aufgabe KRB ist Akquise von neuen Arbeitsräumen.
- Kulturkatasters für berlinweit einen Überblick über bestehende kulturelle Räume und Infrastrukturen.
- bei Neubau- und Ankaufspolitik des Landes innerhalb Stadtentwicklungspolitik soll kulturelle Nutzungen und Bedarfe stärker in den Vordergrund stehen.
- öffentliche Liegenschaften für die Kultur erschließen.
- private Immobilien für diesen Zweck ankaufen.
- Flächen und Räume übergangsweise für kulturelle Nutzungen angemietet und zur temporären Verfü-

Wahlprüfstein 2

→ Welche Möglichkeiten sehen Sie, jenseits der wichtigen Subventionsprogramme wie Atelier- und Spielstättenförderprogramme, bezahlbare Räume für Kunst- und Kulturproduktion in der gesamten Stadt zu erhalten? Welche Vorschläge haben Sie, um bestehende Atelierhäuser vor der Verdrängung zu schützen?

gung stellen.

- mehr ressortübergreifendes Denken und Handeln ist erforderlich.
- Neubauvorhaben der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften sollen soziale und künstlerische Infrastruktur bereits in der Planung mitdenken
- Bauordnung sollte bei Neubauvorhaben ab einer bestimmten Größenordnung die Einplanung kultureller Räume festgeschrieben werden.
- Private Bauherr*innen sollen durch städtebauliche Verträge und Bebauungspläne ebenfalls dazu verpflichtet werden.
- Beim Neubau einer Schule können im Idealfall auch gleich neue Räume für kulturelle Nutzung entstehen (Mehrfachnutzung)

DIE LINKE Fraktion

Arbeitsraumprogramm war hierfür Kern der Arbeit

- Zahl der Räume sei in den letzten Jahren vervielfacht worden, bald 2000
- Arbeitsraumprogramm (ARP) soll für alle Sparten entwickeln werden.
- dafür neue Arbeitsstruktur, reibungsärmere Prozesse

Gekürzte Antworten der Fraktionen im Abgeordnetenhaus von Berlin

Stand: 03. Februar 2023

Wahlprüfsteine ÜBERSICHT

CDU Fraktion

„Bündnis Kultur Räume Berlin“ soll hinterfragt werden, um ein schlüssiges Konzept zu entwickeln hin zu mehr Sicherheit für Künstler*innen

- Mangel an Transparenz von Seiten der BIM und der Kulturräume GmbH

- aktuell vorgesehene Konstrukt aus GSE gGmbH, BIM, bbk-Kulturwerk GmbH und PROSA, dem Bündnis Freie Szene, unter Führung der neu gegründeten Kultur Räume Berlin GmbH, ist in seiner jetzigen Form nicht zukunftsfähig,

- Der bereits vorgesehene Arbeitsraum-Ausschuss soll das ändern.

- „Kultur Räume GmbH“ soll sich auf Aufgaben des Controllings konzentrieren

- Kernaufgaben Akquise, Entwicklung, Anmietung, Ausschreibung und Vergabe der Räume soll rückübertragen werden an GSE, bbk und PROSA

- Ateliersofortprogramm soll deutlich verstärkt werden, um unmittelbare Härten abzufangen.

- Scoutprogramm zur Schaffung von Atelierräumen soll aufgelegt werden,

- Gewährung flexibler Baukostenzuschüsse für Gewinnung von Arbeitsräumen durch Künstler(-gruppen) unter Einschluss privater Eigentümer

- Unterstützung privater Initiativen und Institutionen für Kunst- und Kulturräume

- Baukostenzuschüsse für gemeinnützige und private Genossenschaften, Gruppen, Vereine und Eigentümer aus dem Investitionstitel des Arbeitsraumprogramms.

- Stadtentwicklungsplan Kultur soll in neuen Stadtquartieren Räume für Kulturproduktion und - Erlebnis schaffen

- landeseigene Wohnungsbaugesellschaften sollen angewiesen werden bei Entwicklung und Weiterentwicklung von Quartieren kulturelle Infrastruktur mit zu berücksichtigen

- 2% der Neubauinvestitionen sollen in kulturelle Infrastruktur investiert werden.

- Baukosten und Bauzeiten landeseigener Projekte sollten transparent zur Verfügung stehen für Priorisierung und angemessene Kosten/Nutzen-Einschätzung

- Landesbürgerschaftsprogramm für Atelierbauprojekte soll anwendbar werden

- Landeseigene Flächen, Neben- und Restflächen sollen vermehrt für kulturelle Infrastruktur genutzt werden.

- zügige Aktivierung Flächenkategorie „Urbane Optionsflächen“ im Land Berlin

- weitere Prüfung, welche Potentiale durch Mehrfachnutzung, z.B. Nutzung Strandbäder als Veranstaltungsorte für Kulturevents.

- ehemaliger Flughafen Tempelhof soll zu Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft entwickelt werden

- neues Instrument zu schaffen, welches Bestandsstandorte, auch spartenübergreifend und interdisziplinär, unbürokratisch und wirkungsvoll fördern kann (keine weiteren Angaben dazu)

Wahlprüfstein 2 folgende

FDP Fraktion

Bestehende Atelierhäuser im Besitz des Landes Berlin sind zu erhalten,

- bei privaten Eigentümern fallen planungsrechtliche Sicherungsmöglichkeiten schwer, da auch die Freiheit des Eigentums und der Nutzung der eigenen Immobilie nicht in Abrede gestellt werden kann.

- Ausnahmen bilden Gebiete mit B-Plan-Bindung, wo solche Nutzungen ggf. festgesetzt werden können, wenn ein Planerfordernis besteht.

Gekürzte Antworten der Fraktionen im Abgeordnetenhaus von Berlin

Stand: 03. Februar 2023

Wahlprüfsteine ÜBERSICHT

SPD Fraktion

Es kommt vor allem darauf an, Spielräume zu schaffen und Instrumente einzuführen und auszubauen, die bei der Entwicklung von Lösungen für konkrete Probleme helfen.

- Stadtentwicklungsplan Kultur der SPD ist so ein Instrument,
- Liegenschaften und Flächen bei der Umsetzung der sozialen Infrastrukturkonzepte der Bezirke können so besser in kulturelle Nutzung gebracht werden

CDU Fraktion

Wir denken, dass es hier sehr wohl noch Handlungsspielräume gibt. Unsere Antworten insbesondere zur Sicherung und Schaffung von Kulturproduktionsräumen finden sich in unserer Antwort auf Wahlprüfstein 2.

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Fraktion

Globalsummenhaushalte der Bezirke wird bei uns auch immer wieder diskutiert.

- Eine Veränderung steht allerdings derzeit nicht an und es ist auch fraglich, ob das eine Verbesserung bringen könnte. Trotz der begrenzten Finanzen ist die Politik nicht handlungsunfähig, auch nicht die Bezirke.
- finanzielle Lücken, im Fall der Arbeitsräume ist das Arbeitsraumprogramm unsere Lösung, die die Arbeitsräume sichern muss.
- Zusammenarbeit mit Bezirken ist notwendig. Denn in den Bezirken sind sicherlich immer wieder geeignete Immobilien bekannt, die wir für die Künstler*innen ankaufen oder anmieten können.

FDP Fraktion

Ich sehe die Situation nicht so pessimistisch. Es ist Aufgabe von Bezirksamt und BVV, hier für tragfähige Lösungen vor Ort zu sorgen. Die Bezirkshaushalte lassen hierfür Spielraum - vielleicht nicht üppig, aber so, dass Prioritätensetzungen möglich sind. Dies sollte im Ausschuss für Weiterbildung und Kultur unter Anhörung der Akteure vor Ort transparent und ergebnisorientiert diskutiert werden.

Wahlprüfstein 3

Rolle der Politik

→ Wie wollen Sie zukünftig mit der beschriebenen Situation von Handlungsunfähigkeit der Politik umgehen?

DIE LINKE Fraktion

Bezirke haben durchaus Möglichkeiten, Räume für Kultur zu sichern oder auch zu schaffen.

- gemeinsam mit dem Land, mit den Wohnungsunternehmen, der Immobilienwirtschaft
 - bei der Entwicklung neuer Quartiere die Kultur immer mit im Blick haben
 - vorhandene Räume stärker als bisher für die multifunktionale Nutzung öffnen.
- Wir alle sollten gemeinsam überlegen, was geht und was möglich ist oder ermöglicht werden kann!

Gekürzte Antworten der Fraktionen im Abgeordnetenhaus von Berlin

Stand: 03. Februar 2023

Wahlprüfsteine ÜBERSICHT

SPD Fraktion

Einrichtung von runden Tischen wird verwaltungsseitig gelegentlich skeptisch gesehen, war aber sehr erfolgreich

- z.B. Beratungsausschuss Kunst, in dem die Interessen bildender Künstler*innen bisher durch eine*n Vertreter*in der Berufsverbände für bildende Künstler*innen in Berlin gesichert wurden.
- Einsatz dafür Vermittlungsstrukturen zwischen Zivilgesellschaft und Kulturpolitik und -verwaltung wie das Atelierbüro stärker in die Beratungsstrukturen der Senatsverwaltung für Kultur zu integrieren.
- Form und Rahmen einer solchen Beteiligung wollen wir künftig im Dialog mit dem Atelierbeauftragten beraten.
- Kulturkataster kann sich ein neues Dialogformat mit den Informationen ausstatten, die bei der Erarbeitung mittel- und langfristiger Strategien hilfreich sind.
- Kreis der Teilnehmenden soll pluralistisch, kenntnisreich und vielfältig an Perspektiven zusammengesetzt sein, dann hat ein runder Tisch unseres Erachtens gute Chancen, Impulse für die Verbesserung der Arbeitsraumsituation für Künstler*innen zu geben.

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Fraktion

für Raumfrage haben wir allerdings schon den gut erprobten den Runden Tisch Liegenschaftspolitik -hier besteht bereits eine solche Runde, die mit Liegenschaftsproblemen umgehen kann.

- werden anregen, dass der Bereich Kultur dort eine deutlich größere Priorität bekommen sollte.
- Außerdem wollen wir mit dem Kulturkataster zumindest sicherstellen, dass beim Verlust von Arbeitsräumen zeitnah adäquater und bezahlbarer Ersatz zur Verfügung steht.

Wahlprüfstein 4

Runder Tisch als mögliches Format

→ Dialogformats welches Kulturproduzent:innen, Verwaltung (Land und Bezirke), Senator:innen und Stadträt:innen (Kultur, Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen), Immobilieninvestor:innen, Verbände und Gesellschaften (BIM, Kulturraum GmbH, etc.) zusammenbringt? Ein Format in dem es möglich ist, mittel- und langfristige Strategien mit Bezirken und Land zu entwickeln, akut bedrohten Gruppen zu helfen

DIE LINKE Fraktion

Damit Arbeitsraumprogramm (ARP) mittel- und langfristig für alle Sparten funktioniert, braucht es die Reflektion der Nutzerinnen und Nutzer.

- nach gewisser Laufzeit in der neuen Struktur Etablierung Runder Tisch mit den Beteiligten, um gemeinsam zu schauen, wie es bei den Künstlerinnen und Künstlern in der Praxis ankommt, welche Räume zusätzlich akquiriert bzw. welche gesichert werden konnten.
- Doch das ARP allein wird dem stetig wachsenden Bedarf nach Räumen nicht gerecht werden können.
- Zum einen ist die Konkurrenz um Räume zu groß und zum zweiten sind die hierfür vom Land zur Verfügung gestellten Mittel begrenzt.
- es braucht fachübergreifende Strategie mit allen Beteiligten, um die vorhandenen Räume neu zu denken und bei Neubau immer auch Kultur mitzudenken.
- offene Debatte und verbindliche Regelungen.
- Mehrfachnutzung von Räumen

Gekürzte Antworten der Fraktionen im Abgeordnetenhaus von Berlin

Stand: 03. Februar 2023

Wahlprüfstein 4 folgende

Wahlprüfsteine ÜBERSICHT

CDU Fraktion

Regelmäßiger Dialog mit den Kulturschaffenden ist unerlässlich.

-regelmäßigen Austausch soll in Kultugesetzbuch fixiert werden.

- Durch regelmäßige Kulturförderplanung und Berichterstattung wird kulturpolitische Debatte, Festlegung und Selbstvergewisserung über die Ziele der Berliner Kulturpolitik und Kulturförderpolitik erreicht.

FDP Fraktion

So ein Format hat unsere volle Unterstützung. Es obliegt allerdings nicht uns als Opposition, dies umsetzen zu können. Die Idee an sich ist wunderbar, weil man so vom kurzfristigen Klein-Klein wekommt.

Im Anhang finden Sie die ausführlichen Antworten der Senatsfraktionen Berlins



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND BERLIN

An
Netzwerk Atelieregemeinschaften Treptow-Köpenick
Stefka Ammon und Sebastian Körbs

Per E-Mail an
info@nwagtk.de

Kurt-Schumacher-Haus
Müllerstraße 163
13353 Berlin
Landesgeschäftsführer:
Sven Heinemann

Hotline: 030 - 4692-222
berlin@spd.de
[Web: SPD.Berlin](http://www.spd-berlin.de)

Bei Rückfragen:
dorothee.stahlberg@spd.de
030-4692-170

Berlin, 31. Januar 2023

IHRE WAHLPRÜFSTEINE ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2023

Sehr geehrte Frau Ammon,
sehr geehrter Herr Körbs,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage und das Interesse an unserem Wahlprogramm.

Unser Programm, mit dem wir 2021 angetreten sind, ist auf fünf Jahre ausgelegt. Es gilt weiterhin, auch bei der Wiederholung der Wahl am 12. Februar 2023. Die meisten unserer Vorschläge und Ideen konnten wir im Koalitionsvertrag einbringen, vieles ist in der Umsetzung oder sogar bereits umgesetzt. Ergänzend dazu haben wir einen Leitantrag zu den aktuellen Herausforderungen aus der Energiepreis- und Teuerungskrise beschlossen. All das und viele weitere Informationen finden Sie auf unserer Internetseite unter <https://spd.berlin/wahlprogramm/>.

Bei Fragen und weiterem Austauschbedarf stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung. Gerne bleiben wir weiterhin Ihr Ansprechpartner für Berliner Landespolitik und darüber hinaus.

Mit herzlichen Grüßen
i.A. Dorothee Stahlberg

Wie möchten Sie dafür sorgen, dass Berlin als Kulturhauptstadt nicht nur für einzelne Leuchtturmprojekte steht, sondern stadtweit diesem Titel gerecht wird und dass die Stadt generell ein Anziehungsort für Kreative und Künstler:innen bleibt?

Berlin ist weltweit einer der bedeutendsten Produktionsstandorte für Kunst und hat durch seine künstlerischen Produktionen ein einzigartiges kulturelles und wirtschaftliches Potenzial entwickelt. Dieses kreative Potenzial Berlins zu erhalten, zu fördern und zu nutzen, ist in den Augen der SPD eine ressortübergreifende Aufgabe, die durch ein Bündel an Maßnahmen flankiert werden muss. Neben kulturfreundlicher Arbeits-, Kultur- und Stadtentwicklungspolitik braucht es auch eine kluge Wirtschaftspolitik. Entscheidend ist darum, dass die Anforderungen an kreative und künstlerische Arbeit im ganzen Senat mitgedacht werden. Arbeitsbedingungen müssen weiter verbessert werden. Die geförderten Kultureinrichtungen brauchen die Mittel sowohl für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen als auch für Freie, (Solo-)Selbständige und Honorarempfänger*innen. Dabei hilft der von der SPD initiierte Landesminimum- und der Landesvergabelohn. Wirtschaftspolitik muss die Anforderungen professioneller künstlerischer Arbeit im Blick halten, zum Beispiel bei der Weiterentwicklung Berlins als Messestadt. Leuchtturmprojekte in der Liegenschaftsentwicklung dürfen nicht als *closed shop* entwickelt werden, sondern müssen offen sein für freie Szene, Stadtgesellschaft und Nachbarschaft. Ein Stadtentwicklungsplan Kultur (StEP Kultur) steht noch aus, er soll die stadtweite Versorgung mit kulturellen Angeboten sicherstellen. Denn mithilfe des StEP Kultur können kulturelle Bedarfe in der Landesplanung erfasst werden, sodass Lücken in der stadtweiten Kulturversorgung geschlossen werden.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, jenseits der wichtigen Subventionsprogramme wie Atelier- und Spielstättenförderprogramme, bezahlbare Räume für Kunst- und Kulturproduktion in der gesamten Stadt zu erhalten? Welche Vorschläge haben Sie, um bestehende Atelierhäuser vor der Verdrängung zu schützen?

Gerade unter den Bedingungen der wachsenden Stadt braucht Berlin ausreichend Ateliers, Produktions- und Präsentationsorte für die hier lebenden bildenden Künstler*innen. Das Ziel der SPD Berlin bleibt es, Künstler*innen in Berlin auch bei anhaltenden Mietsteigerungen und Verdrängungsprozessen eine Grundversorgung mit bezahlbaren Ateliers zu gewährleisten – daran muss weiterhin gearbeitet werden.

Die steigenden Gewerbemieten in Berlin und der lückenhafte Rechtsschutz durch das Gewerbemietgesetz des Bundes stellen eine besondere Herausforderung für Berliner Atelierstandorte dar. Wir wollen daher die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften in die Lage versetzen, Kleingewerbe stärker in ihrem Gebäudebestand zu fördern. Um die soziokulturelle Infrastruktur durch Kleingewerbe dauerhaft zu sichern und auszubauen, setzen wir uns auf Bundesebene für die Möglichkeit der Einführung eines Gewerbemietendeckels ein. Um Kleingewerbetreibende, soziale und kulturelle Einrichtungen besser vor Kündigung und Mieterhöhungen zu schützen, treten wir im Bund für neues Gewerbemietrecht ein.

Die kontinuierlichen Bemühungen, dem Ateliernotstand in Berlin entgegenzuwirken, erzielten bereits Fortschritte. Senat und Abgeordnetenhaus haben die Kulturverwaltung 2017 beauftragt, das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel von insgesamt 2.000 Räume bis 2021 zu sichern, davon min. 50 % in Landesliegenschaften. Hierzu wurde das Arbeitsraumprogramm (ARP) in den letzten Jahren ausgeweitet und finanziell deutlich verstärkt. Dementsprechend hat die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus regelmäßige Befassungen mit dem Programm in den Parlamentsgremien aufgenommen und wird die Umsetzung

ZUSAMMEN BERLIN

weiterhin parlamentarisch begleiten. Außerdem hat die Koalition auf Initiative der SPD die Parlamentsinitiative „Arbeitsräume für Berliner Künstler*innen retten“ auf den Weg gebracht, die zu einem gründlichen Konzept, zur Einrichtung eines Gremiums mit den Künstler*innen oder zur Evaluation der Kulturräume GmbH verpflichtet. Nach Beschluss durch das Abgeordnetenhaus gelten dann auch strengere Berichtspflichten zu Arbeitsräumen in Bestand, Erschließung und in Gefahr sowie zu Leerständen. Außerdem ist die Arbeit an der Erstellung eines Kulturkatasters aufgenommen. Die Berliner SPD wird sich weiterhin dafür einsetzen, das Arbeitsraumprogramm mit der auskömmlichen Finanzierung zu sichern.

Wir sorgen dafür, dass Kunst- und Kulturräume in die Planung aller großen Neubauprojekte in Berlin, einschließlich öffentlicher Baumaßnahmen, einbezogen werden. Dazu wollen wir in Kooperation mit städtischen Unternehmen, Genossenschaften und privaten Eigentümer*innen zusätzliche Ateliers schaffen und vertraglich absichern. Die bisherige Doppelstrategie, bei der Erschließung neuer Räume für die Kunst- und Kulturproduktion auf Ankauf und Anmietung zu setzen, ist dem Grundsatz nach richtig. Die Subventionierung von Arbeits-, Probe- und Präsentationsräumen für Nutzer*innen mit sozialer Dringlichkeit ist eine eminent wichtige Herangehensweise, die der sozialen Verantwortung der SPD entspricht. Hierbei muss Wert auf ordentliche Bewirtschaftung der Standorte gelegt werden. Außerdem ist die Einbindung der künstlerischen Spartenverbände wichtig.

Wie wollen Sie zukünftig mit der beschriebenen Situation von Handlungsunfähigkeit der Politik umgehen?

Es kommt vor allem darauf an, Spielräume zu schaffen und Instrumente einzuführen und auszubauen, die bei der Entwicklung von Lösungen für konkrete Probleme helfen. Im von der SPD-Fraktion eingebrachten Stadtentwicklungsplan Kultur sehen wir ein solches Instrument, weil Liegenschaften und Flächen zum Beispiel bei der Umsetzung der sozialen Infrastrukturkonzepte der Bezirke so besser in kulturelle Nutzung gebracht werden können.

Wie bewerten Sie die Chancen eines Dialogformats welches Kulturproduzent:innen, Verwaltung (Land und Bezirke), Senator:innen und Stadträt:innen (Kultur, Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen), Immobilieninvestor:innen, Verbände und Gesellschaften (BIM, Kulturraum GmbH, etc.) zusammenbringt? Ein Format in dem es möglich ist, mittel- und langfristige Strategien mit Bezirken und Land zu entwickeln, akut bedrohten Gruppen zu helfen und einen Dialog zu etablieren, der zukunftsweisend für Berlin wird?

Die Berliner SPD unterstützt Austausch, Dialog, Partizipation und Beteiligung ausdrücklich. Auf die Erfahrungen und Kenntnisse der Kulturschaffenden sollten weder öffentliche Einrichtungen noch politische Vertretungen oder Verwaltungen auf Landes- und Bezirksebene verzichten. Deshalb setzt sich die SPD seit Jahrzehnten für die Stärkung der künstlerischen und kulturellen Selbstverwaltungsstrukturen in verschiedenen Bereichen und mit zahlreichen Formaten. Obwohl die Einrichtung von runden Tischen verwaltschaftsseitig gelegentlich skeptisch begleitet wird, gibt es eine ganze Reihe erfolgreicher Beispiele für die Öffnung neuer Dialogformate. So haben wir beispielsweise mit dem partizipativen Verfahren Runder Tisch Tanz bundesweit Maßstäbe für eine partizipative und transparente Kulturpolitik im Sinne einer Cultural Governance nach dem Bottom-up-Prinzip gesetzt. Ein weiteres Beispiel ist zudem der

Beratungsausschuss Kunst, in dem die Interessen bildender Künstler*innen bisher durch eine*n Vertreter*in der Berufsverbände für bildende Künstler*innen in Berlin gesichert wurden. Auf diese und andere Projekte möchten wir aufbauen und die Berliner Kultur- und Kunstszene über die Konsultationsfunktion hinaus zur kulturpolitischen Mitbestimmung bis hin zur Selbstbestimmung empoweren. Wir werden uns daher dafür einsetzen, die zwischen Zivilgesellschaft und Kulturpolitik und -verwaltung intermediären Vermittlungsstrukturen wie das Atelierbüro stärker in die Beratungsstrukturen der Senatsverwaltung für Kultur zu integrieren. Form und Rahmen einer solchen Beteiligung wollen wir künftig im Dialog mit dem Atelierbeauftragten beraten. Gerade auch mit der Verbesserung des ministeriellen Berichtswesens oder mit Instrumenten der Dokumentation wie dem Kulturkataster kann sich ein neues Dialogformat mit den Informationen ausstatten, die bei der Erarbeitung mittel- und langfristiger Strategien hilfreich sind. Sofern der Kreis der Teilnehmenden pluralistisch, kenntnisreich und vielfältig an Perspektiven zusammengesetzt ist, hat ein runder Tisch unseres Erachtens gute Chancen, Impulse für die Verbesserung der Arbeitsraumsituation für Künstler*innen zu geben.

Bündnis 90 / Die Grünen Berlin · Kommandantenstr. 80 · 10117 Berlin

Netzwerk Atelieregemeinschaften Treptow-Köpenick
Stefka Ammon & Sebastian Körbs
Wilhelminenhofstr. 92
12459 Berlin

**Bündnis 90/Die Grünen
Landesverband Berlin**

Susanne Mertens und Philmon Ghirmai
Landesvorsitzende
Kommandantenstr. 80, 10117 Berlin
Tel.: +49 (30) 61 50 05 - 30
Landesvorsitzende@gruene-berlin.de

Wahlprüfsteine NWAGTK – Grüne Antworten

Berlin, 27. Januar 2023

Sehr geehrte Frau Ammon, sehr geehrter Herr Körbs,

vielen Dank für Ihr Interesse an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin. Gerne beantworten wir Ihre Wahlprüfsteine. Sie finden unsere Antworten im beigefügten Schreiben.

Mit freundlichen Grüßen



Susanne Mertens und Philmon Ghirmai

NWAGTK - Wahlprüfsteine - Kulturproduktionsräume Wahl in Berlin 2023

Netzwerk Atelieregemeinschaften Treptow-Köpenick

Wahlprüfstein 1 - Wirtschaftsfaktor - Berlin als Kunst- und Kulturhauptstadt

Wie möchten Sie dafür sorgen, dass Berlin als Kulturhauptstadt nicht nur für einzelne Leuchtturmprojekte steht, sondern stadtweit diesem Titel gerecht wird und dass die Stadt generell ein Anziehungsort für Kreative und Künstler:innen bleibt?

Antwort: Wir wollen, dass Berlin Kulturmetropole bleibt, dass Künstler*innen und Kreative in Berlin leben und arbeiten können, fair behandelt werden und die Anerkennung bekommen, die sie verdienen. Keine andere Stadt hat ein so reichhaltiges Kulturangebot wie Berlin. Die etwa 350.000 Künstler*innen und Kreative machen diese Stadt spannend und lebenswert – und erwirtschaften mit ca. € 40 Mrd. ca. 20% des Berliner Umsatzes. Doch der übergroße Teil von ihnen gehört immer noch zu den Geringverdienenden in unserer Gesellschaft. Künstlerinnen verdienen knapp unter, Künstler knapp über 1.000 Euro im Monat. Bodenspekulation, steigende Mieten und Lebenshaltungskosten haben soziale Verdrängung und den Verlust künstlerischer Freiräume und Kulturorte mit sich gebracht. Die Corona-Pandemie und die Energie - Krise sind zusätzliche Bedrohungen für Berlins Kunst-, Kultur- und Clubszene. Wir kämpfen für eine bessere Honorierung, eine gute soziale und rechtliche Absicherung und eine angemessene Beteiligung an den Erlösen der Verwertung für die Kulturschaffenden.

Einiges haben wir in der letzten und der laufenden Wahlperiode bereits erreicht: mit gezielten Soforthilfen für Kulturorte und Stipendien für Kulturschaffende konnten wir in der Coronakrise schnell und unbürokratisch helfen. Wir haben die Entlohnung von Künstler*innen durch Mindesthonorare verbessert, bestehende Kulturorte gesichert sowie durch gezielte Immobilienankäufe auch neue geschaffen. Durch eine Weitergabe der Tarifentwicklung in der institutionellen und Projektförderung, mehr Festanstellungen in den Musikschulen und insgesamt einem erheblichen Aufwuchs des Kulturetats haben wir die soziale Situation der Künstler*innen und Kulturschaffenden verbessert. Wir haben in den letzten Haushaltsberatungen gezielt Mittel für kleine und mittelgroße Kulturprojekte und in die kulturelle Bildung umgeleitet, um Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche, Diversität und Inklusion in der Kultur zu stärken. Mit neuen Förderprogrammen wie dem Festivalfonds oder dem Runden Tisch Tanz wurden die Freie Szene und einzelne Sparten deutlich gestärkt. Wir haben die Kinder- und Jugendtheater-Förderung ausgeweitet. Mit der Einrichtung eines Diversitätsfonds und dem Projektbüro für Diversitätsentwicklung (Diversity Arts Culture) haben wir einen Anfang gemacht, um die Vielfalt der Stadt auch in ihren kulturellen Einrichtungen und Angeboten besser abzubilden und Kulturschaffende vor Diskriminierung besser zu schützen. Wir haben das Arbeitsprogramm finanziell gestärkt und arbeiten hart daran, das Arbeitsraumprogramm zum Funktionieren zu bringen. Außerdem haben wir Mittel für ein Kulturkataster gesichert. Mit dem von uns initiierten gesamtstädtischen Konzept für die Aufarbeitung und Erinnerung der deutschen Kolonialvergangenheit ist Berlin vom Nachzügler zum Vorreiter bei der Dekolonisierung geworden. Dies gelang nur im engen Austausch mit den postmigrantisch-diasporischen Communities, den Nachkommen der Menschen in den ehemaligen Kolonien. Die in dieser Legislatur eingerichtete Koordinationsstelle wollen wir weiter entwickeln.

Für die laufende Wahlperiode haben wir uns außerdem vorgenommen, dass wir die vorhandenen Kulturförderinstrumente und -strukturen zusammen mit Vertreter*innen der

freien Verbände und Kulturorte einer kritischen Evaluation unterziehen werden, mit Fokus auf die Förderung künstlerischer Arbeit und Entwicklung, sowie einer stärkeren Öffnung der großen Häuser für freischaffende Künstler*innen. Wir wollen die Berliner Kulturförderung zugunsten von mehr Gerechtigkeit, Transparenz und Diversität reformieren.

Berlin ist eine vielfältige Metropole mit Menschen unterschiedlichster Migrationsgeschichte. Diese gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt spiegelt sich in den städtischen Kultureinrichtungen bislang nur unzureichend wider. Das zu ändern ist für uns eine Frage der gerechten Teilhabe und Repräsentanz, aber auch eine Chance für künstlerische Entwicklungen, die postmigrantische, transkulturelle Innovationen aufgreift. Die gesellschaftliche Vielfalt muss endlich besser in den Angeboten der öffentlichen Kultureinrichtungen, ihren Leitungspositionen und Aufsichtsgremien, bei der Besetzung von Jurys und in der Kulturförderung als solcher zum Ausdruck kommen. Dies beginnt mit diskriminierungssensiblen Einstellungspraktiken und Personalverantwortlichen, die dafür entsprechend geschult werden. Durch eine diversere Besetzung von Intendanten und Fachjurs sorgen wir für mehr Vielfaltsperspektiven im Kulturbetrieb. Mit den öffentlich geförderten Kulturinstitutionen möchten wir verbindliche Zielquoten vereinbaren.

Wahlprüfstein 2 Situation Räume für Künstler*innen

Welche Möglichkeiten sehen Sie, jenseits der wichtigen Subventionsprogramme wie Atelier- und Spielstättenförderprogramme, bezahlbare Räume für Kunst- und Kulturproduktion in der gesamten Stadt zu erhalten? Welche Vorschläge haben Sie, um bestehende Atelierhäuser vor der Verdrängung zu schützen?

Antwort: In Berlin fehlen nach wie vor ausreichend und vor allem bezahlbare künstlerische Produktions- und Präsentationsräume– und zwar spartenübergreifend. Der Druck auf dem Berliner Mietmarkt umfasst sowohl Mietwohnungen als auch Gewerberäume und wirkt sich dadurch doppelt negativ auf das Angebot an Räumen für Künstler*innen und Kreative aus. Landespolitisch möchten wir deshalb so viele Hebel wie möglich in Bewegung setzen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Zur Sicherung von Arbeits-, Übungs- und Proberäumen hat die Senatsverwaltung für Kultur in einem langwierigen Prozess eine neue Struktur in Form der KulturRäume Berlin GmbH geschaffen. Wohl wissend, dass diese Struktur noch nicht funktioniert und nicht im ausreichenden Maße der parlamentarischen Kontrolle unterliegt, erwarten wir, dass hier die räumlichen Bedürfnisse der Kulturszene Berlins in adäquater Weise und gemäß dem Prinzip der Spartengerechtigkeit Berücksichtigung finden. Das geht nicht ohne die Einbeziehung sowie eine enge Abstimmung mit den Akteur*innen auf Augenhöhe. Die Kulturraum Berlin muss als Dienstleisterin für die Kulturschaffenden funktionieren. Die KRB muss sich also an die Bedürfnisse der Kulturschaffenden anpassen. Die wichtigste Aufgabe neben der Dienstleistung für die Künstler*innen ist die Akquise von neuen Arbeitsräumen.

Unabdingbar ist für uns auch die Erstellung eines eigenen Kulturkatasters, um berlinweit einen Überblick über bestehende kulturelle Räume und Infrastrukturen zu erhalten. Zur Sicherung künstlerischer Räume wollen wir bei der Neubau- und Ankaufspolitik des Landes wie in der Berliner Stadtentwicklungspolitik insgesamt kulturelle Nutzungen und Bedarfe stärker in den Vordergrund stellen. So wie die Alte Münze, das Haus der Statistik oder den ehemaligen Standort der Hochschule für Schauspielkunst Ernst Busch

wollen wir weitere öffentliche Liegenschaften für die Kultur erschließen. Wir werden auch zukünftig private Immobilien für diesen Zweck ankaufen. Anstelle von Leerstand sollen Flächen und Räume übergangsweise für kulturelle Nutzungen angemietet und zur Verfügung gestellt werden.

Damit Kultur in der Stadtentwicklungspolitik eine größere Rolle als bislang einnimmt, ist mehr ressortübergreifendes Denken und Handeln erforderlich. Dazu gehört, im Zuge von Neubauvorhaben der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, soziale und künstlerische Infrastruktur bereits in der Planung mitzudenken. Das gilt erst Recht für die neuen Stadtquartiere, die in Berlin entstehen sollen. In der Bauordnung sollte bei Neubauvorhaben ab einer bestimmten Größenordnung die Einplanung kultureller Räume festgeschrieben werden. Private Bauherr*innen werden wir durch städtebauliche Verträge und Bebauungspläne ebenfalls dazu verpflichten. Beim Neubau einer Schule können im Idealfall auch gleich neue Räume für kulturelle Nutzung entstehen.

Wahlprüfstein 3 Rolle der Politik

Wie wollen Sie zukünftig mit der beschriebenen Situation von Handlungsunfähigkeit der Politik umgehen?

Antwort: Die Frage des Globalsummenhaushalts wird bei uns auch immer wieder diskutiert. Eine Veränderung steht allerdings derzeit nicht an und es ist auch fraglich, ob das eine Verbesserung bringen könnte. Trotz der begrenzten Finanzen ist die Politik nicht handlungsunfähig, auch nicht die Bezirke. Die finanziellen Lücken, um die Berliner Kulturräume angemessen zu finanzieren, müssen wir allerdings auf andere Weise füllen. Im Fall der Arbeitsräume ist das Arbeitsraumprogramm unsere Lösung, die die Arbeitsräume sichern muss. Dabei ist natürlich eine Zusammenarbeit mit den Bezirken notwendig. Denn in den Bezirken sind sicherlich immer wieder geeignete Immobilien bekannt, die wir für die Künstler*innen ankaufen oder anmieten können.

Wahlprüfstein 4 Runder Tisch als mögliches Format

Wie bewerten Sie die Chancen eines Dialogformats welches Kulturproduzent:innen, Verwaltung (Land und Bezirke), Senator:innen und Stadträt:innen (Kultur, Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen), Immobilieninvestor: innen, Verbände und Gesellschaften (BIM, Kulturraum GmbH, etc.) zusammenbringt? Ein Format in dem es möglich ist, mittel- und langfristige Strategien mit Bezirken und Land zu entwickeln, akut bedrohten Gruppen zu helfen und einen Dialog zu etablieren, der zukunftsweisend für Berlin wird?

Antwort: Der Runde Tisch Tanz hat gezeigt, dass dieses Format sehr geeignet ist, um Kriterien und Ziele für die Kulturpolitik zu formulieren. Im Fall der Raumfrage haben wir allerdings schon den gut erprobten den Runden Tisch Liegenschaftspolitik, der sich auch mit solchen Fällen befasst. Hier besteht bereits eine solche Runde, die mit Liegenschaftsproblemen umgehen kann. Allerdings stand seit der Gründung 2012 das Thema Kulturräume erst zweimal auf der Tagesordnung. Deshalb werden wir anregen, dass der Bereich Kultur dort eine deutlich größere Priorität bekommen sollte. Außerdem wollen wir mit dem Kulturkataster zumindest sicherstellen, dass beim Verlust von Arbeitsräumen zeitnah adäquater und bezahlbarer Ersatz zur Verfügung steht.

DIE LINKE, Landesverband Berlin, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Netzwerk Atelieregemeinschaften Treptow-Köpenick

Per Mail an: stefka@nwagtk.de

Sebastian Koch
Landesgeschäftsführer
Landesvorstand Berlin
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
Telefon +49 30 / 24 00 93 01
Telefax +49 30 / 24 00 92 60
sebastian.koch@dielinke.berlin
www.dielinke.berlin

Berlin, den 19. Januar 2023

Betr. Wahlprüfstein von Netzwerk Atelieregemeinschaften Treptow-Köpenick

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Erstellung und Zusendung des Wahlprüfsteins von Netzwerk Atelieregemeinschaften Treptow-Köpenick.

Im Folgenden finden Sie die Antworten der Partei DIE LINKE. Berlin.

Wie möchten Sie dafür sorgen, dass Berlin als Kulturhauptstadt nicht nur für einzelne Leuchtturmprojekte steht, sondern stadtweit diesem Titel gerecht wird und dass die Stadt generell ein Anziehungsort für Kreative und Künstler*innen bleibt?

Kunst und Kultur in Berlin ist für DIE LINKE. Berlin kein Luxus, sondern macht unsere Stadt aus. Deshalb haben wir uns bereits in der letzten Wahlperiode im Hauptausschuss und jetzt auch im Kulturausschuss erfolgreich dafür eingesetzt, dass das Land Berlin umfangreiche Hilfen zusätzlich zu den oft sehr bürokratischen Bundeshilfen auf den Weg gebracht hat. Auch jetzt haben wir mit dem Nachtragshaushalt unsere Kultur selbstverständlich mit im Blick behalten und werden in Härtefällen unterstützen, um die steigenden Energie- und Gaspreise bewältigen zu können. Wir haben in der Pandemie unterstützt und werden das in der Zeit multipler Krisen weiter tun. Die Ausführungen zum Arbeitsraumprogramm finden Sie im zweiten Teil.

Darüber hinaus haben wir gerade in den letzten Jahren auch die kleineren Projekte unterstützt und hier explizit Fördertöpfe etabliert. Die Zuwendungen gerade für die Kinder- und Jugendtheater haben wir deutlich erhöht und die bezirkliche Kulturförderung gestärkt. Wichtiger Schwerpunkt war und ist die Bibliotheksentwicklung und gerade arbeiten wir an einem Gesetz, um insbesondere die dezentralen Standorte zu sichern und zu stärken.

Und für die direkte Förderung von Künstler*innen haben wir das Volumen des Stipendienprogramms verdreifacht. Den Kultursommer wollen wir auch in 2023 fortsetzen. Die Gelder dafür haben wir mit dem Nachtragshaushalt bewilligt.

Für unsere Stadt ist es uns wichtig, sowohl die Kultur für den kleinen Geldbeutel, als auch die „Hochkultur“ im Blick zu behalten. Das geht aber nur gemeinsam!

Welche Möglichkeiten sehen Sie, jenseits der wichtigen Subventionsprogramme wie Atelier- und Spielstättenförderprogramme, bezahlbare Räume für Kunst- und Kulturproduktion in der gesamten Stadt zu erhalten?

Welche Vorschläge haben Sie, um bestehende Atelierhäuser vor der Verdrängung zu schützen?

Ein weiteres Feld, in das wir in den letzten fünf Jahren viel Zeit, Kraft und vor allem Geld investiert haben, ist das Arbeitsraumprogramm. Die Künstlerinnen und Künstler aller Sparten brauchen gute Arbeitsbedingungen für ihre Kunst und wir haben die Zahl der Räume in den letzten Jahren vervielfacht. In Kürze werden wir die Zahl 2000 erreicht haben. Das Besondere daran ist, dass wir das Arbeitsraumprogramm (ARP) für alle Sparten entwickeln wollen. Gerade arbeiten wir an einer Arbeitsstruktur, die diese Prozesse reibungsärmer als in den letzten beiden Jahren begleiten soll. Und da möchte ich auf Ihre vierte Frage vorgreifen: **Wie bewerten Sie die Chancen eines Dialogformats, dass die verschiedensten Akteure an einem Tisch zusammenbringt?**

Wenn das Arbeitsraumprogramm (ARP) mittel- und langfristig für alle Sparten funktionieren soll, braucht es die Reflektion der Nutzerinnen und Nutzer. Deshalb wünschen wir uns nach einer gewissen Laufzeit in der neuen Struktur einen Runden Tisch mit den Beteiligten, um gemeinsam zu schauen, wie es bei den Künstlerinnen und Künstlern in der Praxis ankommt, welche Räume zusätzlich akquiriert bzw. welche gesichert werden konnten. Doch das ARP allein wird dem stetig wachsenden Bedarf nach Räumen nicht gerecht werden können. Zum einen ist die Konkurrenz um Räume zu groß und zum zweiten sind die hierfür vom Land zur Verfügung gestellten Mittel begrenzt. Deshalb braucht es eine fachübergreifende Strategie mit allen Beteiligten, um die vorhandenen Räume neu zu denken und bei Neubau immer auch Kultur mitzudenken. So sind wir bereits in Abstimmungsprozessen mit verantwortlichen Stadträt*innen für Schule, wie die Räume in den Schulen am späten Nachmittag auch für andere Nutzerinnen und Nutzer geöffnet werden können wie für Musikschulen oder Amateurmusiker*innen oder Amateurchöre. Manche Schulen haben in den Aulen auch schwingende Böden, die für Amateurtanzgruppen geeignet sein könnten. Hier braucht es eine offene Debatte und verbindliche Regelungen.

Wir sind ein Fan außergewöhnlicher Spielorte! Berlin hat viele Flächen in der Entwicklung. Da findet sich bestimmt der eine oder andere geeignete Ort für eine temporäre Nutzung. Doch auch hier gilt – das geht nur gemeinsam!

Wie wollen Sie zukünftig mit der beschriebenen Situation von Handlungsunfähigkeit der Politik umgehen?

Bezirke haben durchaus Möglichkeiten, Räume für Kultur zu sichern oder auch zu schaffen. Doch auch hier gilt, dass es nur gemeinsam geht – mit dem Land, vor allem aber auch mit den Wohnungsunternehmen, der Immobilienwirtschaft und auch nur dann, wenn wir bei der Entwicklung

neuer Quartiere die Kultur immer mit im Blick haben und auch nur dann, wenn wir bei der immer größer werdenden Konkurrenz bereits vorhandene Räume stärker als bisher für die multifunktionale Nutzung öffnen.

Wir alle sollten gemeinsam überlegen, was geht und was möglich ist oder ermöglicht werden kann!

Mit freundlichen Grüßen



Sebastian Koch

ANTWORTEN DER CDU BERLIN AUF DIE WAHLPRÜFSTEINE DES NETZWERK ATELIERGEMEINSCHAFTEN TRETPOW-KÖPENICK

ZUR ABGEORDNETENHAUSWAHL 2023

Wahlprüfstein 1: Wirtschaftsfaktor - Berlin als Kunst- und Kulturhauptstadt

Frage: Wie möchten Sie dafür sorgen, dass Berlin als Kulturhauptstadt nicht nur für einzelne Leuchtturmprojekte steht, sondern stadtweit diesem Titel gerecht wird und dass die Stadt generell ein Anziehungsort für Kreative und Künstler:innen bleibt?

Antwort:

Kultur ist die Kernkompetenz und gelebte Zukunftsressource unserer Stadt. Die kreative Szene verleiht Berlin ihre einzigartige Strahlkraft. Gerade die außerordentliche Vielfalt kultureller Institutionen und Einzelakteure – in allen Berliner Bezirken – hat uns zu einer internationalen Kulturmetropole gemacht. Diese einzigartige Mischung von weltweit etablierten Kulturstars, großen und kleinen und (noch) unbekanntem Ikonen der Subkultur machen diese - noch vor 34 Jahren von einer Mauer abgeriegelte - Insel so liebens- und lebenswert und sorgen spätestens seit der Wende für ihren Ruf als eine der spannendsten Städte der Welt. Wir sind uns dieses unvergleichlichen Reichtums sehr bewusst, werden ihn fördern und begreifen ihn als unersetzliche Triebkraft für die weitere Entwicklung der Stadt.

Aus Sicht der CDU Berlin ist eine gesetzliche Regelung unerlässlich, um einen verlässlichen Rahmen für den Berliner Kulturbereich zu schaffen, der alle Kultur-Sparten sichert und stärkt und gleichzeitig eine ausdifferenzierte gesetzliche Regelung für die Kulturförderung schafft.

Aus diesem Grund setzen wir uns für die Einführung eines Berliner Kulturgesetzbuches ein, das festvereinbarte Rahmenbedingungen schafft für eine transparente und innovative Kulturförderung. Ziel unserer Initiative ist es, den Stellenwert von Kultur und ihrer unabdinglichen Förderung für unsere Stadt festzuschreiben und den vielen Akteuren eine solide und langfristig zuverlässige Handlungsbasis zu verschaffen.

Die für eine professionelle Kultur-Förderung relevanten Rechtsvorschriften sollen übersichtlich und systematisch in einem einzigen, umfassenden Gesetzbuch zusammengeführt werden. Mit der Schaffung des Kulturgesetzbuches sollen Bürokratie reduziert und Freiräume für die Entfaltung von Kunst und Kultur geschaffen werden. Unabhängig von Krisen jeglicher Art, politischen und gesellschaftlichen Veränderungen und frei von politischen und ideologischen Einflussnahme-Versuchen.

Alle in Kunst und Kultur Tätigen sollen sich schnell und einfach über die einschlägigen Rechtsgrundlagen informieren und die für sie relevanten und geeigneten Förderinstrumente finden und nutzen können.

Aufgaben der Kulturförderung müssen aus Sicht der CDU gesetzlich klar definiert sein, um mehr Verlässlichkeit und Planbarkeit für die Kulturschaffenden zu erreichen und insgesamt auch die Transparenz in diesem Bereich zu erhöhen.

Grundlage der Kulturförderung des Landes Berlin soll daher zukünftig der für die Dauer einer Legislaturperiode geltende Kulturförderplan sein. Dieser soll die Ziele, Entwicklungsperspektiven und Schwerpunkte konkretisieren sowie Handlungsfelder und diesbezüglich geplante Ausgaben angeben. Um ein Höchstmaß an Transparenz und eine kontinuierliche optimale Anpassung sicherzustellen, ist ein jährlicher Kulturförderbericht geplant, in dem über Fördermaßnahmen und dementsprechende Ergebnisse berichtet werden soll.

Am Ende einer jeden Legislaturperiode ist ein Landeskulturbericht vorgesehen, der zur Umsetzung des zu Beginn der Wahlperiode aufgestellten Kulturförderplans, zur Angebots- und Nachfrageentwicklung sowie zur Lage der Kultur Berlins insgesamt berichtet und Stellung nimmt. Dieser Bericht soll auch mögliche Schlussfolgerungen für künftige Schwerpunkte der Kulturförderung darstellen.

Eine regelmäßige Evaluation der Förderung und die damit einhergehende Überprüfung der Zweckmäßigkeit und Wirksamkeit dieser, aber auch ein regelmäßiger Dialog mit den Kulturschaffenden über Ziele und Wirksamkeit der Kulturförderung sind aus unserer Sicht unerlässlich und daher auch in dem von uns geforderten Kultugesetzbuch zu fixieren.

Diese staatliche Kulturförderung, welche aus unserer Sicht zwingend frei von jeder ideologischen und politischen Beeinflussung – etwa über Förderprogrammgestaltungen und Jurybesetzungen – sein muss, kann und soll nicht als flächendeckender Kultur-Arbeitgeber fungieren. Wo aber staatliche Kulturförderung gewährt wird, müssen die Ergebnisse ein angemessenes Auskommen ermöglichen.

Wir werden die Fördersysteme darüber hinaus so umgestalten, dass Energien und Fördermittel nicht durch bürokratische Antragsverfahren gebunden oder abgeschöpft werden, sondern dem tatsächlichen kulturellen Schaffensprozess zur Verfügung stehen.

Zukünftig müssen auch Arbeits-, Zeit- und Recherchestipendien stärker zum Zuge kommen.

Unsere Antworten insbesondere zur Sicherung und Schaffung von Kulturproduktions- und Präsentationsräumen finden sich in unserer Antwort auf Wahlprüfstein 2.

Wahlprüfstein 2: Situation Räume für Künstler*innen

Frage: Welche Möglichkeiten sehen Sie, jenseits der wichtigen Subventionsprogramme wie Atelier- und Spielstättenförderprogramme, bezahlbare Räume für Kunst- und Kulturproduktion in der gesamten Stadt zu erhalten? Welche Vorschläge haben Sie, um bestehende Atelierhäuser vor der Verdrängung zu schützen?

Antwort:

Der Mangel an bezahlbaren Räumen für Kunst und Kultur ist aus unserer Sicht eines der drängendsten Probleme für die Kreativen unserer Stadt. Um diesem Problem ganzheitlich begegnen zu können und dafür zu sorgen, dass Berlin nicht nur Sehnsuchts- sondern auch weiterhin Produktionsort der Kreativen aus der ganzen Welt bleibt, haben wir folgenden Maßnahmenkatalog entwickelt, für dessen Umsetzung wir uns mit ganzer Kraft einsetzen werden.

1) Wir haben den Senat aufgefordert, sein bereits in der letzten Wahlperiode vorangetriebenes „Bündnis Kultur Räume Berlin“ von Grund auf zu hinterfragen und endlich ein schlüssiges Konzept zu entwickeln. Nach zwei Jahren und einem erheblichen Budget zentralisiert dieses „Bündnis“ die Raumverteilung an Kulturschaffende auf Senatsebene, was wir darüber hinaus durchaus kritisch sehen, schafft es aber dabei nicht, der Verteilung von Arbeits- und Präsentations-Räumen für Kulturschaffende der einzelnen Sparten gerecht zu werden und den zunehmenden Bedarf zuverlässig zu decken. Im Gegenteil. Man hat es bis heute nicht geschafft, eine funktionierende und zielgerichtete Kooperation herzustellen. Es gibt keine eindeutig definierten Kompetenzen und keine klare Rollenverteilung. Kulturschaffende bemängeln viele Missstände: So werden zum Beispiel Mietverträge geändert, gekündigt oder Räume stehen plötzlich nicht mehr zur Verfügung. Auch ein Mangel an Transparenz von Seiten der BIM und der Kulturräume GmbH wird immer wieder beklagt. Wir wissen, dass etliche Kulturschaffende dadurch in ihrer Existenz gefährdet sind. Sie können nicht arbeiten, Projekte nicht realisieren. Das darf nicht sein!

Wir fordern endlich eine funktionierende Organisationsstruktur mit einer klaren und für alle Beteiligten transparenten Verteilung von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung. Diese soll geprägt sein von einer Kultur der Gleichberechtigung und Nutzung der jeweils vorhandenen Erfahrung und Expertise, mit dem gemeinsamen Ziel, den Erfordernissen der Kulturschaffenden so schnell und so perspektivisch verlässlich wie möglich gerecht werden zu können. Unabhängig von ideologischen und politischen Ausrichtungen oder deren Einflussnahme. Das aktuell vorgesehene Konstrukt aus GSE gGmbH, BIM, bbk-Kulturwerk GmbH und PROSA, dem Bündnis Freie Szene, unter Führung der neu gegründeten Kultur Räume Berlin GmbH, ist in seiner jetzigen Form nicht zukunftsfähig, wie die vielen

Unklarheiten, Reibungsverluste und das Kompetenzwirrwarr belegen, die aus der Berliner Kulturlandschaft wiederholt an uns herangetragen wurden und werden. Der bereits vorgesehene Arbeitsraum-Ausschuss soll in Absprache mit den beteiligten Akteuren dementsprechende Veränderungen innerhalb des Bündnisses beraten und schnellstmöglich, mit dem Ziel schlanker und agiler Förderstrukturen, beschließen. Statt der Führung des „Bündnisses Kultur Räume Berlin“ sollte die „Kultur Räume GmbH“ sich eher auf Aufgaben des Controllings konzentrieren und die Kernaufgaben Akquise, Entwicklung, Anmietung, Ausschreibung und Vergabe der Räume rückübertragen an die GSE, den bbk und PROSA, die sich teilweise auf diesem Gebiet über Jahre bewährt haben.

2) Darüber hinaus sind wir der Überzeugung, es gibt bisher ungenutzte oder unzureichend genutzte Möglichkeiten, die eklatante Raumnot der Kulturschaffenden in dieser Stadt zu lindern. Hier muss vor allem auch kurzfristig Abhilfe geschaffen werden!

Wir wissen: Die durch Pandemie- und Energiekrise gebeutelte Kulturbranche benötigt die Räume und Planungssicherheit jetzt!

Wir möchten deshalb weitere Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung der Arbeitsraumförderung im Land Berlin vorantreiben, zum Beispiel:

1. Wir wollen das Ateliersfortprogramm im nächsten Doppelhaushalt deutlich verstärken, um unmittelbare Härten abzufangen.
2. Wir wollen ein Scoutprogramm zur Schaffung von Atelierräumen auflegen, zur Gewinnung von Arbeitsräumen für Künstlerinnen und Künstler, welches über die Gewährung flexibler Baukostenzuschüsse einen wichtigen Beitrag für die Gewinnung von Arbeitsräumen durch Künstler(-gruppen) unter Einschluss privater Eigentümer leisten kann.
3. Wir werden private Initiativen für Kunst- und Kulturräume unterstützen. Wir werden über die Förderung von privaten Institutionen nicht nur bestehende Räume zur kostengünstigen kulturellen Nutzung erhalten, sondern auch neue bezahlbare Kreativräume für die Kunst und Kultur in unserer Stadt schaffen. Baukostenzuschüsse sollen dementsprechend auch gemeinnützigen und privaten Genossenschaften, Gruppen, Vereinen und Eigentümern zugutekommen lassen, zum Beispiel aus dem Investitionstitel des Arbeitsraumprogramms.
4. Wir planen einen Stadtentwicklungsplan Kultur, um Kulturelle Infrastruktur bei der Entwicklung von Stadtquartieren sicherzustellen. Kreativen Räumen, in denen Kultur entstehen und in denen Kultur erlebt werden kann, muss bei Stadtentwicklung und Raumnutzung ein deutlich größerer Stellenwert eingeräumt werden. Wir werden gemeinsam mit allen relevanten Akteuren einen Stadtentwicklungsplan Kultur erarbeiten

und darin Konzepte und Leitlinien zur Sicherung und Entwicklung von Kulturräumen in Berlin verankern.

Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften werden angewiesen, bei der Entwicklung und Weiterentwicklung von Quartieren kulturelle Infrastruktur (Atelierhäuser, Aufführungs- und Proberäume für darstellende Kunst und Tanz, Musikübungsräume, Präsentationsorte für Kunst/Projekträume) in einem angemessenen Maße zu berücksichtigen. Hierfür sollen mindestens 2% der Neubauinvestitionen in kulturelle Infrastruktur investiert werden. Existierende belegungsgebundene Atelierwohnungen sollten durch Angebote zur Verlängerung von Förderverträgen gesichert werden.

5. Baukosten und Bauzeiten landeseigener Projekte sollten transparent zur Verfügung stehen, damit eine sinnvolle Priorisierung und angemessene Kosten/Nutzen-Einschätzung frühzeitig vorgenommen werden können.
6. Das Landesbürgerschaftsprogramm für Atelierbauprojekte soll so überarbeitet und angepasst werden, dass es anwendbar wird.
7. Landeseigene Flächen sollen vermehrt für kulturelle Infrastruktur genutzt werden. Wir werden landeseigene Flächen, insbesondere die Neben- und Restflächen landeseigener Gesellschaften, unbürokratisch für den Neubau von kultureller Infrastruktur zur Verfügung stellen. Eine zügige Aktivierung von Arrondierungs- und Restflächen, die mit der neuen Flächenkategorie „Urbane Optionsflächen“ im Land Berlin nun möglich ist. Ein gutes Beispiel sind die Flächen des ehemaligen Spreeparks. Wir werden in Zusammenarbeit mit den Bezirken hier weiter prüfen, welche Potentiale sich dort realisieren lassen, beispielsweise durch die Nutzung der Strandbäder als Veranstaltungsorte für Kulturevents. Auch setzen wir uns nach wie vor dafür ein, den ehemaligen Flughafen Tempelhof endlich zu einem Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft weiterzuentwickeln.
8. Auch eine Mehrfachnutzung von Räumlichkeiten sollte bezirks- und landesweit besser organisiert und ausgeschöpft werden können. Hier müssen von Seiten der Bezirke und des Senats auch geeignetere Rahmenbedingungen und Anreize geschaffen werden.
9. Wir möchten klare Rahmenbedingungen für die Schaffung von Kulturräumen. Durch das Setzen klarer Förderrichtlinien werden auch einzelne Künstler und Künstlerinnen in die Lage versetzt und dazu motiviert, geeignete Räume zu suchen und zu akquirieren. Dadurch ergeben sich weitere signifikante Potentiale für die Schaffung von Kulturräumen.
10. Darüber hinaus könnten wir uns vorstellen, ein neues Instrument zu schaffen, welches Bestandsstandorte, auch spartenübergreifend und interdisziplinär, unbürokratisch und wirkungsvoll fördern kann.

Wahlprüfstein 3: Rolle der Politik

Frage: Wie wollen Sie zukünftig mit der beschriebenen Situation von Handlungsunfähigkeit der Politik umgehen?

Antwort:

Wir denken, dass es hier sehr wohl noch Handlungsspielräume gibt. Unsere Antworten insbesondere zur Sicherung und Schaffung von Kulturproduktionsräumen finden sich in unserer Antwort auf Wahlprüfstein 2.

Wahlprüfstein 4: Runder Tisch als mögliches Format

Frage: Wie bewerten Sie die Chancen eines Dialogformats welches Kulturproduzent:innen, Verwaltung (Land und Bezirke), Senator:innen und Stadträt:innen (Kultur, Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen), Immobilieninvestor:innen, Verbände und Gesellschaften (BIM, Kulturraum GmbH, etc.) zusammenbringt? Ein Format in dem es möglich ist, mittel- und langfristige Strategien mit Bezirken und Land zu entwickeln, akut bedrohten Gruppen zu helfen und einen Dialog zu etablieren, der zukunftsweisend für Berlin wird?

Antwort:

Ein regelmäßiger Dialog mit den Kulturschaffenden insbesondere über die Ziele und Wirksamkeit der Kulturförderung des Landes sind aus unserer Sicht, unabhängig vom konkreten Format, nicht nur wünschenswert, sondern wie wir meinen, unerlässlich. Daher würden wir einen solchen regelmäßigen Austausch in einem von uns geforderten, und in der Antwort zu Frage 1 skizzierten, Kulturgesetzbuch fixieren. Durch die von uns in diesem Kontext geforderte regelmäßige Kulturförderplanung und Berichterstattung wird darüber hinaus eine kulturpolitische Debatte, Festlegung und Selbstvergewisserung über die Ziele der Berliner Kulturpolitik und Kulturförderpolitik erreicht.

FDP Landesfraktion, Kulturpolitischer Sprecher Stefan Förster

Liebe Frau Ammon,

wie besprochen, hier Antworten auf Ihre Fragen für die FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die BVV-Fraktion der FDP Treptow-Köpenick in einer Mail, da die Fragen ja zum Teil einen lokalen Bezug haben.

Ich darf ergänzend auf die ausführliche Anhörung im Kulturausschuss des Abgeordnetenhauses am 29.08.2022 verweisen, wo es genau um die räumliche Situation für (Bildende) Künstler ging. Das Wortprotokoll ist unter beigefügtem Link abrufbar:

<https://www.parlament-berlin.de/ados/19/Kulteuro/protokoll/k19-010-wp.pdf>

Frage 1

Wie möchten Sie dafür sorgen, dass Berlin als Kulturhauptstadt nicht nur für einzelne Leuchtturmprojekte steht, sondern stadtweit diesem Titel gerecht wird und dass die Stadt generell ein Anziehungsort für Kreative und Künstler/-innen bleibt?

Kultur muss überall in Berlin präsent sein. Dazu gehören die Leuchttürme im Zentrum, die Opern, die Philharmonie, das Konzerthaus am Gendarmenmarkt oder der Friedrichstadtpalast, aber

auch die dezentralen Angebote vor Ort, deren Steuerung den Bezirksämtern, den Bezirksverordnetenversammlungen und den Beiräten für dezentrale Kulturarbeit obliegt. Ansonsten brauchen wir mehr Fläche, die auch beim Neubau von Wohnquartieren mit zu berücksichtigen ist. Ich zitiere mich dazu selbst aus dem o.g. Wortprotokoll:

Stefan Förster (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich mache es kurz. Ich wollte noch mal an das anknüpfen, was die Kollegin Billig vorhin zu Recht gesagt hat, dass wir eigentlich jeden Raum benötigen und neue Räume hinzugewinnen wollen. Das kam mir in der Diskussion vollkommen zu kurz. Es sitzt ja eine ganze Reihe von Leuten dabei, die sich mit dem schönen Themenfeld Wohnen, Stadtentwicklung und Bauen beschäftigen. Ich habe jetzt keine einzige Aussage dazu gehört – insofern kümmert sich vielleicht auch keiner darum –, wie zum einen versucht wird, bei neuen Bebauungsplänen darauf hinzuwirken, dass im Rahmen von städtebaulichen Verträgen und Ähnlichem solche Atelier- und Probenräume miteingeplant werden. Darüber lässt sich mit privaten Bauherren, aber auch mit genossenschaftlichen und städtischen Gesellschaften wunderbar reden. Ich glaube, die sind auch sehr kooperativ. Da ist natürlich eine enorme Größenordnung bei den Wohnungen in den nächsten Jahren – es entstehen tausende neue Räume – zu gewinnen. Man sollte bei den Bestandsgebäuden auch mal mit den städtischen Gesellschaften sprechen. Wenn nur in jedem zehnten oder fünfzehnten Wohnaufgang einer städtischen Gesellschaft eine Wohnung, wenn sie im Erdgeschoss frei wird, freigehalten wird – das sind genauso Arztpraxen, die im Parterre in diesen Gebäuden sind –, dann würde man auch ein ganzes Stück weiterkommen. Ich glaube, da man muss noch ein bisschen kreativer werden. Man kann auch öffentliche Gebäude für Proberäume nutzen. Es spricht überhaupt nichts dagegen, dass zum Beispiel in einem Rathaus nach Dienstschluss der Beschäftigten um 18 Uhr jemand Saxofon oder so was übt, wenn das über Sie läuft und geregelt

zugewiesen wird. Es gibt ja nicht nur Leute, die Wohnungen suchen, sondern es gibt auch Leute, die Proberäume suchen, oder diejenigen, die als Bildhauer aktiv werden wollen. In meinem Heimatbezirk Treptow-Köpenick gibt es viele Leute, gerade ältere, die riesige Grundstücke haben – 1.000, 2.000 m², Remisen –, die mit Sicherheit einen Künstler aufnehmen würden, wenn man sie mal ansprechen und entsprechende Verträge gestalten würde. Das Thema der Akquise von neuen Grundstücken und neue Räumen liegt auf der Straße. Ich würde Sie bitten, da noch aktiver zu werden und sich nicht nur gegenseitig darüber zu streiten, wer welche Kompetenzen hat und wer welche Befindlichkeiten pflegt, sondern auch aktiv daran mitzuwirken, wie man neue Räumlichkeiten gewinnen kann. Dann hätten wir nämlich das Problem nicht. Im Augenblick geht es um die Verwaltung des Mangels, aber wir wollen ja neue Räumlichkeiten in Größenordnungen bekommen. Daran sollten wir eher arbeiten.

Frage 2

Welche Möglichkeiten sehen Sie, jenseits der wichtigen Subventionsprogramme wie Atelier- und Spielstättenförderprogramme, bezahlbare Räume für Kunst- und Kulturproduktion in der gesamten Stadt zu erhalten? Welche Vorschläge haben Sie, um bestehende Atelierhäuser vor der Verdrängung zu schützen?

Die Antwort ist zu großen Teilen schon bei Frage 1 enthalten. Bestehende Atelierhäuser im Besitz des Landes Berlin sind zu erhalten, bei privaten Eigentümern fallen planungsrechtliche Sicherungsmöglichkeiten schwer, da auch die Freiheit des Eigentums und der Nutzung der eigenen Immobilie nicht in Abrede gestellt werden kann. Ausnahmen bilden Gebiete mit B-Plan-Bindung, wo solche Nutzungen ggf. festgesetzt werden können, wenn ein Planerfordernis besteht.

Frage 3

Wie wollen Sie zukünftig mit der beschriebenen Situation von Handlungsunfähigkeit der Politik umgehen?

Ich sehe die Situation nicht so pessimistisch. Es ist Aufgabe von Bezirksamt und BVV, hier für tragfähige Lösungen vor Ort zu sorgen. Die Bezirkshaushalte lassen hierfür Spielraum - vielleicht nicht üppig, aber so, dass Prioritätensetzungen möglich sind. Dies sollte im Ausschuss für Weiterbildung und Kultur unter Anhörung der Akteure vor Ort transparent und ergebnisorientiert diskutiert werden.

Frage 4

Wie bewerten Sie die Chancen eines Dialogformats welches Kulturproduzent/-innen, Verwaltung (Land und Bezirke), Senator/-innen und Stadträt/-innen (Kultur, Stadtentwicklung, Wirtschaft und Bauen), Immobilieninvestor/-innen, Verbände und Gesellschaften (BIM, Kulturraum GmbH, etc.) zusammenbringt? Ein Format in dem es möglich ist, mittel- und langfristige Strategien mit Bezirken und Land zu entwickeln, akut bedrohten Gruppen zu helfen und einen Dialog zu etablieren, der zukunftsweisend für Berlin wird?

So ein Format hat unsere volle Unterstützung. Es obliegt allerdings nicht uns als Opposition, dies umsetzen zu können. Die Idee an sich ist wunderbar, weil man so vom kurzfristigen Klein-Klein wegkommt.



Dank und Ausblick

Das Netzwerk Atelieregemeinschaften Treptow-Köpenick (NWAGTK) bedankt sich herzlich für die Beantwortung der Fragen zur Sicherung von Räumen für Kunst und Kulturproduktion in ganz Berlin.

Wir haben Ihre Antworten ausgewertet und veröffentlichen sie auf unseren Kanälen. Außerdem wird NWAGTK im Frühjahr weitere Treffen und Workshops organisieren, die die Künstlerschaft und Bezirksämter der Stadt sowie die Landesebene (Verwaltung und Politik) miteinander vernetzen.

Auf dieser Grundlage soll ein permanentes Dialogformat mit allen Stakeholdern entstehen, das die komplexen Situation der Räume für Kulturproduktion in tragfähige Lösungen überführt. Berlin muss als Kulturhauptstadt erhalten bleiben.

Berlin, 7. Februar 2023

Rückfragen

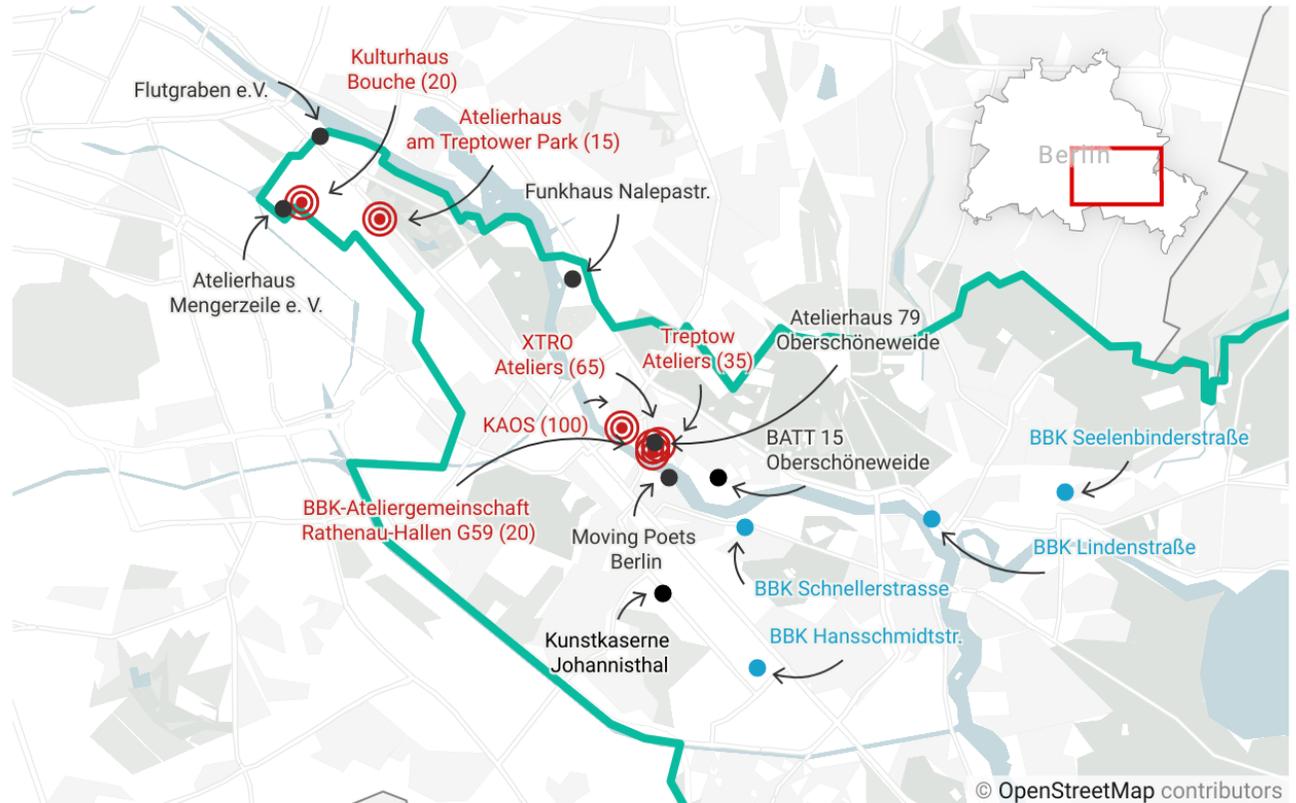
Für Rückfragen stehen Ihnen über die E-Mail-Adresse:

info@nwagtk.de

die Sprecher:innen von NWAGTK,
Stefka Ammon und Sebastian Körbs
gerne zur Verfügung.

Akut von Verdrängung bedrohte Atelieregemeinschaften in Treptow-Köpenick

Insgesamt sind derzeit rund 48% aller Künstler*innen im Bezirk von Verdrängung bedroht



Legende

- Atelieregemeinschaft
- 🎯 Akut bedrohte Atelieregemeinschaft
- BBK-Ateliers

- Insgesamt sind derzeit rund 255 von 536 Künstler*innen im Bezirk-Treptow-Köpenick von Verdrängung bedroht.
- Das entspricht 48% aller im Bezirk ansässigen Künstler*innen.
- Akut bedroht sind derzeit sechs Atelieregemeinschaften.
- Nur rund 17% der ausgebildeten tätigen Künstler*innen in Berlin erfüllen die Kriterien für ein BBK-Atelier.

Stand: Mai 2021

Map: Alsino Skowronnek • https://www.datawrapper.de/_/iiD1p/

NWAGTK

www.nwagtk.de

Mit finanzieller Unterstützung von:

**FONDS
SOZIOKULTUR**



Bezirksverordnetenversammlung
Treptow-Köpenick

Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

**NEU
START
KULTUR**

In Zusammenarbeit mit:

AG.URBAN

URBAN DESIGN
ARCHITEKTUR
PARTIZIPATION
STRATEGIE
KONZEPTE

